

Annoucen-Annahme-Bureau: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wielgostka 16.) bei C. J. Mrici & Co. Breitenstraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Gräg bei F. Streiland, in Breslau bei Emil Kahlh.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien bei G. F. Haube & Co. — Jansenlein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Oestrich beim „Inwalidendank.“

Nr. 313.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 5. Mai (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu lesen und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Die russische Zollgrenze.

I.

Die Handelskammer zu Breslau giebt diesmal ihren Jahresbericht, welcher wie üblich aus zwei Theilen besteht, in getrennten Zeiträumen heraus, und hat es dadurch ermöglicht den ersten (allgemeinen) Theil, enthaltend „Gutachten, Ansichten und Wünsche“ schon jetzt vorzulegen, während der zweite Theil mit den speziellen Berichten, dessen Vollendung schon wegen der Sammlung und Bearbeitung des statistischen Materials eine längere Zeit beansprucht, erst später erscheinen wird. Der erste Theil ist uns so eben zugegangen. Er bildet ein ganz stattliches Heft von mehr als 80 Oktavseiten und enthält eine Menge trefflichen Materials in geschickter Bearbeitung, was bei einer Körperschaft, zu welcher die bekanntesten kommerziellen Größen Breslaus (unter dem Vorsitze des Kommerzienraths J. Friedenthal) und als Sekretär Dr. Eras gehört, eigentlich selbstverständlich ist.

Die Berichte der schlesischen Handelskammern haben für die posener Geschäftswelt nicht nur jenes allgemeine Interesse, welches jede Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse einer Provinz unseres deutschen Steuer- und Zollreichs in Anspruch nimmt, sondern ein weit näheres, das Interesse des Nachbarn, welcher einerseits zum Theil unter denselben lokalen Bedingungen lebt, andererseits mit dem Nachbar im regsten Verkehr steht und von dessen günstigen oder ungünstigen Verhältnissen stark beeinflusst wird.

Wir greifen aus dem breslauer Jahresberichte den Gegenstand heraus, welcher nach unserem Dafürhalten die allgemeinste Aufmerksamkeit verdient. Unter den wohl in allen Handelskammerberichten wiederkehrenden Rubrik „Beziehungen zu den fremden Staaten“ finden wir darin eine Klage, welche für unsere Leser genügend bezeichnet ist, wenn wir sagen, daß sie seit Jahrzehnten von den Handelskammern, den landwirtschaftlichen Vereinen und den öffentlichen Blättern der drei östlichen Provinzen Preußens unablässig wiederholt wird, aber keinen Erfolg hat. Als vor einigen Jahren ein Mitglied der Fortschrittspartei diesen Beschwerden im Parlament Ausdruck gab, erwiderte Fürst Bismarck, so viel wir uns noch erinnern, mit der Mahnung, nicht allgemeine Klagen vorzubringen, sondern bestimmte Thatfachen und dadurch die Beschwerdepunkte scharf zu präzisiren. *Weshalb hat der russische Handelsminister am nächsten Tage dem deutschen Reichskanzler eine Wagenladung von posener, schlesischen, ost- und westpreussischen Handelskammerberichten zugehen lassen, worin unser leitender Staatsmann eine genau spezialisirte Niesenliste von wohl substantiirten Beschwerdepunkten über die russische Zollgesetzgebung und Zollbeamten finden konnte. Offen gestanden aber glauben wir, daß es einer solchen Information sogar nicht bedurfte. Herr v. Bismarck kennt die Beschwerden der preussischen Grenzprovinzen gegen Rußland sicher schon seit der Zeit, da er preussischer Gesandter am Hofe von Petersburg war. Es läßt sich auch nicht läugnen, daß wo eklamante Fälle der Rechtsverletzung von Seiten russischer Beamten vorlagen, der Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten den deutschen Reichsbürgern mit der ihm eigenen Energie Gemuthung zu erwirken wußte. Vielleicht sind auch durch die Verwendung unseres Reichskanzleramts einige der schreiendsten Mißstände beseitigt worden. Weiß doch der breslauer Bericht ebenfalls von einer kleinen Abhilfe zu berichten.*

Die Handelskammer hatte sich unter dem 5. Juni 1875 an das Reichskanzleramt mit der Beschwerde gewandt, daß die russische Regierung zuweilen sehr plötzlich Aenderungen in dem Einfuhrzolltarife und den zollamtlichen Vorschriften eintreten läßt, welche für die Handelsbeziehungen des Auslandes zum russischen Reiche von den einschneidendsten Folgen sind. Kurz vorher hatte die russische Regierung die Ein- und Durchfuhr gewisser Farbensorten unterdrückt, in denen von Seiten deutscher Fabrikanten ein erhebliches Geschäft mit russischen Abnehmern bis dahin gemacht wurde. Es ist leicht zu ermessen, welche Schädigungen die deutschen Produzenten und Lieferanten erleiden müssen, wenn ein solches Absatzgebiet plötzlich verschlossen wird. Die beschriebene Bitte der breslauer Handelskammer ging nun dahin, für eine rechtzeitige und authentische Kundmachung solcher Erlasse des russischen Gouvernements zu sorgen. Das Reichskanzleramt antwortete darauf unter dem 22. Juni 1875 (im Bericht ist gedruckt 1876), „daß Fürsorge getroffen werden wird, um eine möglichst frühzeitige Bekanntmachung derjenigen Verordnungen durch den deutschen „Reichsanzeiger“ herbeizuführen, welche von der kais. russ. Regierung hinsichtlich der Einfuhrbedingungen, des Grenzverkehrs und des Zolltarifs erlassen werden.“

Von eigentlichen Erleichterungen des Grenzverkehrs hat das breslauer Handelskollegium nichts zu berichten.

Die neueste Nummer der „Provinz-Korr.“ ist fast zu drei Vierteln den Beratungen über die Eisenbahnvorlage gewidmet. Es werden die Reden des Fürsten Bismarck bei der ersten Lesung und gewisse Stellen aus den Reden der Minister Camphausen und Adenbach mitgetheilt, „die für die ländlichen Kreise wichtige Rede des Ministers Friedenthal wird demnächst ausführlicher mitgetheilt werden.“ Der erste Leitartikel drückt die Ansicht der Regierung über die Beratungen im Abgeordnetenhaus aus, wobei nochmals die von der Opposition behaupteten Konsequenzen der Vorlage als Uebertreibungen hingestellt und alle Bedenken zu heben versucht werden. Ueber das Resultat der Verhandlungen äußert das offiziöse Organ ebenso wie unser berliner Δ-Korrespondent, welcher aus derselben Quelle schöpft, Befriedigung. Der Artikel lautet:

Abgeordnetenhaus in dreifacher Lesung beraten und schließlich mit beträchtlicher Mehrheit angenommen worden. Indem das Abgeordnetenhaus es nach der ersten Lesung ablehnte, die Vorlage erst zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen, gab es von vornherein die Absicht zu erkennen, dem Streben und Ziel der Regierung im Allgemeinen seine Zustimmung und moralische Unterstützung zu gewähren, die genauere Prüfung des Plans aber zunächst den Reichsorganen zu überlassen. Es entsprach dies der Auffassung, von welcher die Staatsregierung selbst bei der Vorlegung des Entwurfs ausgegangen war: die amtliche Denkschrift sagte ausdrücklich, daß die gegenwärtige Vorlage nur eine vorläufige Ermächtigung zu den Verhandlungen mit dem Reiche bezwecke, vorbehaltlich der späteren Prüfung des Ergebnisses dieser Verhandlungen auch Seitens der Landesvertretung.

Der Minister-Präsident Fürst Bismarck betonte aber gleich bei der ersten Verathung, daß die Stellung der Regierung dem Reiche gegenüber von vornherein eine ganz andere sei, wenn sie, gestützt durch die Zustimmung der preussischen Vertretung, der nächst schwerwiegenden im Deutsche Reiche, in die Verhandlungen eintrete. Abgesehen aber von dem Gewicht dieser Zustimmung, wird die Verathung im Abgeordnetenhaus wesentlich dazu beigetragen haben, die wirkliche Bedeutung des Regierungsgedankens, im Gegensatz zu den vielfachen Entstellungen, welche derselbe in der öffentlichen Erörterung gefunden hat, bestimmter hervortreten zu lassen und dadurch die Schärfe des Widerspruchs und des Widerstrebens auf manchen Seiten zu mildern. Obwohl der Zweck der Regierungsvorlage bereits in der amtlichen Denkschrift einfach und klar bezeichnet war, so gab doch die mündliche Erörterung die erwünschte Gelegenheit, auf die mannigfachen Mißverständnisse und Uebertreibungen, welche sich an die Ankündigung des wichtigen Schrittes geknüpft hatten und trotz jener Darlegung hartnäckig aufrecht erhalten wurden, näher einzugehen. Es gereichte dem Verlauf und Ergebnis der Verhandlung unabweislich zu großem Vortheile, daß alle Bedenken, welche vom politischen und vom wirtschaftlichen Standpunkte gegen den Plan der Regierung gekehrt werden, von einem der bedeutendsten Redner der Fortschrittspartei von vornherein in einem oratorisch glänzenden Gesamtbilde vorgeführt wurden. Die Vertreter der Regierung, sowie die Freunde ihres Plans erhielten hierdurch Gelegenheit, dem gegenüber alsbald darzulegen, wie alle jene Bedenken sich auf ein falsches Bild von den Absichten der Regierung gründen und für die wirkliche Lage der Sache von keiner Bedeutung sind.

Fürst Bismarck hob vom ersten Augenblicke hervor, daß es eine wirtschaftliche Frage sei, um die es sich handle, und daß, was man die hohe Politik nicht in die Frage einmischen möge; — er legte dann näher dar, wie er als Minister und Reichskanzler mit Nothwendigkeit zu dem jetzigen Vorhaben habe kommen müssen, wenn er der Pflicht nachkommen wolle, die Absichten der Reichsverfassung in Bezug auf das Eisenbahnwesen zur Wahrheit werden zu lassen und die Eisenbahnen dem öffentlichen Verkehre in vollem Maße dienstbar zu machen. Alle theoretischen Rechte, die zu diesem Zwecke dem Reiche verliehen werden, seien nicht so stark, wie der eigene Besitz eines großen Eisenbahnnetzes, welcher eine magnetische Einwirkung auf andere Bahnen ausübe. Zur Abweisung der aus anderen deutschen Staaten erhobenen Bedenken und Befürchtungen sagte Fürst Bismarck: dieselben hätten nicht laut werden können, wenn man abgewartet hätte, was die Regierung eigentlich wolle, — den anderen Staaten wider ihren Willen ihre Staatsbahnen zu nehmen, liege weder in der Absicht, noch in der Möglichkeit. Die Regierung werde übrigens in der Sache nichts überleben, in keiner Beziehung drängen, nichts zu feindlichen Fragen zuweisen, sondern die Sache als eine rein wirtschaftliche behandeln und einen gewaltsamen Druck nach keiner Weise üben.

In gleicher Weise hob der Handelsminister hervor, daß die preussische Regierung lediglich im bundesfreundlichen Sinne, unter Berücksichtigung gerade der Interessen aller einzelner Bundesmitglieder, mit dem Vorschlage hervorgetreten sei, die preussischen Staatsbahnen auf das Reich zu übertragen. Durch diesen Schritt solle jede Spannung, welche etwa zwischen den verschiedenen Interessen entstehen möchte, ein für alle Mal beseitigt und kein Bundesstaat geschädigt werden.

Auch der Finanzminister betonte, wie es sich vor Allem darum handle, dem Reiche zum allgemeinen Wohle einen erweiterten Wirkungsbereich zu geben, — und sprach die Zuversicht aus, daß das schließliche Ergebnis nicht ein weiteres Zerwürfniß, sondern ein Zustand bestätigten Friedens sein werde.

Das Abgeordnetenhaus hat an seinem Theile der Regierung die Ermächtigung zu dem wichtigen Vorhaben nicht verweigern wollen: alle diejenigen Parteien, welche seither in den entscheidenden Momenten zur Regierung standen, haben ihren Gesichtspunkten für die öffentliche Wohlfahrt und für die Stärkung der Reichseinrichtungen auch jetzt bereitwillig Zustimmung und Unterstützung gewährt, — und schließlich hat eine Mehrheit von 56 Stimmen die Vorlage angenommen.

Die Verhandlungen und das Ergebnis derselben werden unzweifelhaft von großer Bedeutung für die weitere Klärung der Meinungen und Stimmungen in ganz Deutschland sein, und wenn, wie zu erwarten, demnächst das Herrenhaus sich den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses anschließt, so wird die Staatsregierung „gestützt durch diese schwerwiegende Zustimmung“ mit erhöhter Zuversicht in die weiteren Verhandlungen eintreten können.

Die „Germ.“ veröffentlicht eine sehr lange Petition, welche der berliner Verein der Zentrumspartei (in Betreff der rechtlichen Stellung der Freimaurervereine) an das Abgeordnetenhaus gerichtet hat. Dieselbe gipfelt in dem Verlangen, „das hohe Haus der Abgeordneten wolle die königliche Staatsregierung veranlassen,

daß sie untersuche, welche Logen oder Versammlungen von Freimaurern eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder eine Erörterung politischer Gegenstände bezwecken oder den Bestimmungen des § 128 des N.-St.-G.-B. zuwiderlaufen, und daß sie auf die betreffenden Verbindungen und Versammlungen den § 128 des N.-St.-G.-B. und die Bestimmungen des bestehenden Vereinsgesetzes in Betreff der Ueberwachung der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten oder die Erörterung politischer Gegenstände bezweckenden Vereine, sowie der Beschränkung der Verbindung der politischen Vereine untereinander zur Anwendung bringe.

Der angezogene § 128 des N.-St.-G.-B. lautet: „Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannt Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu 6 Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung

mit Gefängniß von 1 Monat bis zu 1 Jahre zu bestrafen. Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.“

Die Ultramontanen legen den Logen, von denen sie sehr wohl wissen, daß es nur harmlose Liebesvereine — ohne Geheimnisse und ohne politische Bedeutung sind, durch ihre Angriffe eine Bedeutung bei, für welche das Freimaurerthum, das sonst wenig beachtet werden würde, ihnen sehr dankbar sein wird.

Im ultramontanen „Monde“ wird ein Aufruf der „St. Petersburgerkoie Wiedemoste“ an die Polen, die Vergangenheit zu vergessen, sich mit den Russen zu versöhnen und das gemeinschaftliche Vaterland mit kindlicher Hingabe zu lieben, in sehr bissiger Form zurückgewiesen. Der „Monde“ sagt:

„Ach! „St. Petersburgerkoie Wiedemoste!“ Du führst goldene Worte im Munde. In deinem Eifer, von dem du dich hinreißen läßt, bringst du einen Roman mit, dessen Ende uns unmöglich ersieht. Zuerst wird es dir nicht gelingen, die Polen, welche die Christenbunde des heiligen Rußlands sind, vergessen zu machen, daß ihre Kirche gebissig verfolgt ist, und daß ihre Sprache in den Städten von Pithauen bei Geld- und Gefängnißstrafen nicht gesprochen werden darf. Fanat damit an, ihre Bischöfe aus Sibirien zurückzubringen, ihnen die Güter zurückzugeben, deren ihr sie beraubt, ihnen den Gebrauch ihrer Sprache zu gestatten, was die römische Tyrannei nur den Barbaren, die sie zu Sklaven machte, verweigerte, und ihr werdet dann das Recht haben, euer Programm der Versöhnung auseinanderzusetzen. Vorher aber nicht. Und wenn eure scheinbaren Versprechungen sich erfüllen, so werdet ihr euren Zweck nicht erreicht haben. Der Katholizismus hat dem polnischen Volk eine unbergängliche Seele gegeben; ihr müßt dies an den Schlägen erkennen, die ihr ihm versetzt habt! Diese Seele kann nicht abtanzen. Sie hat das Unglück ermdet; das Glück wird sie von ihrer Mission nicht abbringen. Polen ist und wird nie Rußland sein.“

Das Anziehendste, bemerkt die „N. A. Z.“ hierzu, in dieser Expektoration und was uns überhaupt zur Notiznahme von derselben veranlaßt, ist das Faktum, daß ein französisches clerikales Blatt so sans lagon für die Polen Erklärungen abgiebt. Wir finden darin nicht etwas so Auffallendes. Denn der „Monde“ ist ein päpstliches Blatt und die Politiker des Vatikan üben heut die Hegemonie über die polnische Partei und erlauben sich daher auch im Namen der polnischen Nation zu sprechen.

Deutschland.

△ Berlin. 3. Mai. Es wird allgemein anerkannt, daß die Abstimmung des Abgeordnetenhauses über die Eisenbahnvorlage eine Mehrheit für die Absichten der Regierung ergeben hat, welche nicht bloß über die pessimistischen Weissagungen der Oppositionspresse, sondern auch über die Berechnungen besonnener Kreise hinausgeht. An der letzten Verathung haben die Organe der Staatsregierung sich nicht mehr betheilig. Im Großen und Ganzen handelte es sich in letzter Instanz nur noch um einen Meinungskampf der Fortschrittspartei und der National-Liberalen. Allerdings ist auch noch der gewandte Führer der Zentrumspartei, Herr Windthorst, in die Schranken getreten, aber seine Ausführungen waren nicht nur ohne Einfluß, sondern entbehrten in der That auch jedes sachlichen Gehalts. Es war daher kein Anlaß für die Regierungsorgane vorhanden, gegen die ultramontanen Redner eine besondere Lanze einzulegen. Auch Fürst Bismarck hatte wohl Bedeutendes von der seit mehreren Tagen angekündigte Rede Windthorst's erwartet, er war zwar in der Sitzung anwesend, aber ohne sich an der Debatte zu betheiligen. — Das Herrenhaus wird voraussichtlich gleich nach dem 15. Mai, nach der Verathung über die lauenburgische Vorlage, in die Verhandlungen über die Eisenbahnfrage eintreten. In Regierungskreisen hält man es für gewiß, daß die Vorlage von Seiten des Herrenhauses mit großer Mehrheit genehmigt werden wird. Uebrigens läßt die Thatfache, daß das Herrenhaus erst am 15. Mai in die erste Verathung der lauenburgischen Vorlage eintreten will, darauf schließen, daß man in parlamentarischen Kreisen den Schluß der Session erst nach Pfingsten in Aussicht nimmt, da die zweite Beschlußnahme über die Vorlage erst nach 21 Tagen erfolgen, also nicht mehr vor Pfingsten stattfinden kann. Wie man hört, liegt es in der Absicht des Fürsten Bismarck, an den Beratungen des Herrenhauses, namentlich über die Eisenbahnvorlage Theil zu nehmen. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, daß derselbe, wie einige Blätter wissen wollen, unmittelbar nach dem Besuche des Kaisers von Rußland, seine Reise antreten wird. — Die Anwesenheit des Grafen Andraffy zur Zeit des Besuches des Kaisers von Rußland wird vorzugsweise auf ausdrücklichen Wunsch von Seiten Rußlands erfolgen. Die Theilnahme an der Zusammenkunft ist daher ein neues Zeichen dafür, daß es in der Absicht der russischen Politik liegt, mit Oesterreich bei der Regelung der orientalischen Verhältnisse fort und fort Hand in Hand zu gehen. — Was die verschiedenen Angaben über die künftige Organisation des Reichskanzleramts betrifft, so findet sich darin augenblicklich eine Vermischung derjenigen Anordnungen, welche unmittelbar bei Gelegenheit der Neubestellung des Präsidiums nothwendig werden, mit den Plänen, welche erst in der Vorbereitung begriffen sind und deren Verwirklichung wohl noch nicht der nächsten Zukunft angehören wird. Namentlich ist zu bemerken, daß Bestimmungen über anderweitige Besetzung des Reichs-Zustizamts wohl erst für den Zeitpunkt in Aussicht stehen, wo die großen Justizgesetze in Kraft treten werden. Auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens ist es nicht wahrscheinlich, daß eine andere Einrichtung schon jetzt erfolgen wird, da hierbei die sach-

lichen Fragen in vielfacher Beziehung mit Personenfragen zusammenhängen, die sich nicht kurzer Hand erledigen lassen.

Berlin, 3. Mai. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war trotz der neuen auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände nur eine sehr kurze. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die erste Nummer, den Antrag des Abg. Kapp, betr. die Kündigung des mit dem Fürsten von Waldeck 1867 abgeschlossenen Affektionsvertrages. Der Antragsteller sah bei Begründung seines Antrages von der finanziellen Seite der Frage ab und zog nur die staatsrechtliche Seite in Betracht. Er hält den Fürsten von Waldeck für durchaus überflüssig. Dem trat der Finanzminister Camphausen entschieden entgegen. Habe auch der Vertrag nicht alle an ihn geknüpften Erwartungen erfüllt, so sei er doch nicht nutzlos gewesen, namentlich könne sich die Staatsregierung nicht der Ansicht anschließen, daß der Fürst von Waldeck überflüssig sei. Trotzdem sei die Regierung ebenfalls von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Vertrag nicht wiederum auf 10 Jahre erneuert werden dürfe, sie habe deshalb schon die Ermächtigung nachgesucht, denselben kündigen zu dürfen. Nachdem noch der Abg. Miquel die Erwartung ausgesprochen hatte, daß der neu abzuschließende Vertrag dem Landtage vorgelegt werde, zog der Abg. Kapp, von der ministeriellen Erklärung befriedigt, seinen Antrag zurück. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung, welche Berichte der Agrar-, Budget-, Gemeinde- und Petitionskommission über Petitionen enthielten, wurden sämtlich nach den Anträgen der betreffenden Kommissionen erledigt und die nur zweitägige Sitzung auf morgen zur Beratung der evangelischen Kirchenverfassung vertagt.

Der parlamentarischen Aktion in den nächsten Wochen stellt die „Prov. Corr.“ folgende Prognose:

Das Abgeordnetenhaus wird sich in der nächsten Zeit mit dem Synodengesetz und mit dem Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen, sowie mit der Vorlage über die Vorbildung für die höhere Verwaltung und dem Sprachengesetz beschäftigen. Inzwischen schreiten die Kommissionsarbeiten über die Städteordnung und das Kompetenzgesetz so vor, daß deren Beratung im Hause selbst gleichfalls wohl in der dritten Waiwoche zu beginnen können. Das Herrenhaus, welchem, abgesehen von anderen Vorlagen, namentlich auch die Entwürfe in Betreff Lauenburgs und der Eisenbahnen zugehen, wird nach Vorberatung derselben in den Kommissionen seine öffentlichen Sitzungen am 15. Mai wieder aufnehmen. So umfassend die vorliegenden Aufgaben noch sind, so scheint man doch von der Wichtigkeit der Erledigung derselben in der gegenwärtigen Session im Interesse der weiteren parlamentarischen Entwicklung allseitig gleichmäßig überzeugt zu sein.

Die halbamtliche „Prov. Corr.“ meldet den Besuch Kaiser Alexanders in folgender Form: „Se. Majestät der Kaiser Alexander von Rußland trifft am Donnerstag (11.) in Berlin ein, will am Freitag (12.) dem Exerzieren einer kombinierten Garde-Brigade auf dem Tempelhofer Felde beiwohnen und am Sonnabend (13.) die Reise nach Ems fortsetzen. Während der Anwesenheit des Kaisers von Rußland, welchen der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff begleitet, wird, wie aus Wien gemeldet wird, auch der österreichische Minister Graf Andrassy in Berlin eintreffen.

Wie es heißt sind mehrere Personen von Paris als Zeugen in den demnächst vor dem hiesigen Staatsgerichtshof beginnenden Verhandlungen gegen den Grafen Arnim nach Berlin zitiert worden, darunter auch der Graf Guido Hendel v. Donnerstern.

Herr Prof. Dr. Weber in Breslau erklärt mit Bezug auf die erwähnte gegen ihn gerichtete Beschwerde des Pfarrers Kaminski bei der altkatholischen Synodalrepräsentanz in verschiedenen Blättern eine Berichtigung, worin er erklärt:

daß ich in der qu. Versammlung des altkatholischen Vereins zu Berlin gegen Herrn Pfarrer Kaminski weder „verleedende Angriffe“ gerichtet, noch auch „vage Verdächtigungen“ ausgesprochen habe. Von dem Vorstande des erwähnten Vereins war ich ersucht, meine Ansicht darüber zu äußern, ob ich eine Wahl des Herrn Kaminski zum altkatholischen Pfarrer von Berlin für eine geeignete halte. Ohne die bisherige Thätigkeit des Herrn Pfarrers Kaminski im Dienste des Altkatholizismus irgendwie herabzusetzen, ja unter ausdrücklicher und rühmlicher Anerkennung derselben glaubte ich nach gewisserhafter Ermäßigung mit dem Hinweise auf die besonderen, gerade in Berlin obwaltenden Schwierigkeiten die mir vorgelegte Frage verneinen zu müssen. Das habe ich gethan, mehr nicht. Wie hierdurch, die Freiheit der Gemeinewahl auf das Entschiedenste soll geschädigt“ oder „dem § 54 der Synodalordnung diametral soll widersprochen werden“, ist mir völlig unverständlich.

Saub. 1. Mai. Heute Nachmittag gegen 1 Uhr kamen (wie schon erwähnt) die Kaiserin mit dem Personenzuge von Koblenz, einige Minuten danach der Kaiser mit Extrapost von Kiedesheim hier an, um den Berggruß zu besichtigen. Die Herren Regierungspräsident v. Wurmb, Landrath Fond, Amtmann v. Zanthier die städtischen Behörden und ein großer Theil der Bevölkerung hatten sich zum Empfang der Majestäten auf dem Bahnhofe versammelt. Die ganze Stadt war festlich geschmückt, da der hohe Besuch am vorhergehenden Tage den Bewohnern bekannt gegeben war. Nachdem auf dem Bahnhofe die Begrüßung und eine Vorstellung der anwesenden Personen stattgefunden, ging Se. Majestät die Front des daselbst aufgestellten Krügervereins ab, ließ sich die im Kriege Bewunderten vorstellen, und fragte dann, ob unter den Anwesenden Jemand sei, welcher Verwandte unter den Verschütteten gehabt habe. Als hierauf ein Mann vortrat, welcher selbst mit Frau und Schwägerin verschüttet gewesen und erst nach dreitägiger Arbeit gerettet worden war, ließ Se. Maj. sich von demselben den ganzen Hergang auf das Genaueste beschreiben und wünschte ihm Glück zu seiner Rettung. Ebenso befragte Se. Majestät den anwesenden Dr. Härtling, welcher die ausgegrabenen Leichen untersucht hatte, sehr genau nach den Todesursachen und äußerte seine Befriedigung darüber, daß nach Dr. Härtling's Angaben mit Bestimmtheit angenommen werden kann, daß sämtliche Verschüttete, mit Ausnahme der lebend Geretteten, sofort todt gewesen. Die allerhöchsten und hohen Herrschaften fuhren sodann mit dem Zuge noch bis zu dem Erlensbach'schen Garten, woselbst ein Eingang bereit war, und besichtigten von hier aus und später aus den Hinterfenstern des „Grünen Wald“ den Berggruß selbst, wobei ihnen der Regierungspräsident v. Wurmb, Landrath Fond und Bürgermeister Herberich als Erklärer dienten. Beim Verlassen des Hauses sahen Ihre Majestäten mehrere in Trauer gekleidete Frauen und Mädchen, und richtig vermuthend, daß dieselben bei dem Berggrüße Verwandte verloren hätten, redeten die allerhöchsten Herrschaften sie an und ließen sich von ihnen — es war die Frau, welche verschüttet gewesen und gerettet ward, mit ihrer Schwester — auf das Genaueste den ganzen Hergang erzählen. Ihre Majestäten trösteten dieselben auf das Theilhaftigste und waren sichtlich gerührt von der Schilderung der erschütternden Katastrophe. Auch der Wirth des „Grünen Wald“ und seine Familie, welcher cauber Wein kredenzen und Blumenkränze überreichten, hatten sich der freundlichsten Aufnahme zu erfreuen, und sogar die Magd des Hauses, welche in jener Unglücksnacht fast durch ein Wunder der Verschüttung entging, wurde aus der Küche geholt, um Sr. Majestät vorgestellt zu werden. Kein Wunder, daß nach einem solchen Besuche bei der Abfahrt ein brausendes Hoch erfolgte. (Mh. C.)

Samm. 1. Mai. Auf dem heutigen hieselbst im Hotel zum Grafen von der Mark abgehaltenen westfälischen Städte-Tage waren 36 Städte durch 85 Delegierte vertreten. Die durch

Herrn Oberbürgermeister Becker-Dortmund geleiteten, von 11 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags dauernden Verhandlungen galten ausschließlich dem Entwurfe der neuen Städteordnung. Nach langer Debatte entschied sich die Versammlung mit 45 gegen 31 Stimmen für die Beibehaltung des Dreiklassen-systems, zugleich jedoch auch für die Aufhebung des Wahlcensus von 6 Mark, welchen der Entwurf feststellt. Betreffs des Modus der Bildung der drei Wählerklassen wurde nach dem Vorschlage des Stadtverordneten-vorsteher's Fortmann-Bielefeld folgendes System adoptirt: die erste Wählerklasse besteht mindestens aus einem Sechstel der Wähler, die zweite aus zwei Sechsteln, die dritte aus dem Reste, somit aus der Hälfte der Gesamtzahl der Wähler. Der von mehreren Rednern warm befürwortete Antrag, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts durch Ortsstatut zulässig sein solle, wurde verworfen. Die Berechtigung der juristischen Personen, Aktiengesellschaften u. s. w. zur Wahl der Stadtverordneten wurde mit großer Majorität verneint. Von weiteren Beschlüssen ist zu erwähnen, daß das Bürgerrecht erst durch zweijährigen Wohnsitz in der Stadtgemeinde erworben werden kann, daß Richter, Geistliche, Kirchendiener und Elementarlehrer, sofern diese zu den Gemeindefürsorgebeiträgen und nicht vom Gemeindevorstand berufen sind, zu Stadtverordneten wählbar sein sollen. Die örtliche Polizeiverwaltung wird vom Bürgermeister geführt, nur die Sicherheitspolizei in Städten von über 25,000 Einwohnern und in Festungen kann die Staatsregierung einer besonderen Staatsbehörde übertragen. Die Kosten dieser Verwaltung trägt dann der Staat. In den Titeln VIII—XII modifizierte die Versammlung mehrere Paragraphen zu dem Zwecke, um eine Einmischung der Regierung in die städtischen Angelegenheiten möglichst zu verhüten. Jede Stadt mit 10,000 Einwohnern soll das Recht haben, einen eigenen Stadtkreis zu bilden. Der Kommunaletat wird ausschließlich von der Stadtverordnetenversammlung festgestellt. Der Magistrat soll nicht nur bei der Verwaltung der örtlichen Polizei, sondern auch bei der der allgemeinen Landesangelegenheiten angemessen betheiligt werden. Die neue Städteordnung soll nach ihrer Sanktionierung ohne Verzug in der ganzen Monarchie eingeführt werden.

Österreich.

Wien, 2. Mai. In dem Vordergrund des Tagesinteresses stehen heute zwei Ereignisse von günstiger Vorbedeutung — die zu erwartende Zusammenkunft zweier Kaiser und der drei Kanzler der Ostmächte in Berlin, sowie der nun endlich erfolgte Abschluß der österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsvereinbarungen. Sämtliche Blätter beschäftigen sich mit der bevorstehenden Entrevue in der nordischen Hauptstadt, an welche sie Hoffnung und Wünsche knüpfen, zum Theil nicht ohne des Ernstes der Lage zu gedenken. Am düstersten steht die „N. freie Presse“ der Zusammenkunft entgegen, getreu der pessimistischen Auffassung der orientalischen Dinge, welche seit einigen Wochen sich dieses Organ's bemächtigt hat. Das Blatt schreibt:

Graf Andrassy zieht nun nach Berlin, um das gefährdete Bündniß zu befestigen, einen Austausch der Meinungen mit den beiden Kanzlern in Bezug auf die orientalische Angelegenheit zu pflegen, ein wirklich „festes Einverständnis“ zu erzielen. Unsere besten Wünsche begleiten ihn dahin, unsere patriotische Sorge folgt ihm. Er thut einen ersten Schritt, das fühlen, ahnen wir. Graf Andrassy ist ein Freund des Friedens, gewiß ängstlich bemüht, das Drei-Kaiser-Bündniß zu erhalten, voll des besten Willens, uns den Segen dieses theuren Friedens und die Freundschaft der beiden Kaiserreiche zu bewahren. Allein diplomatische Konferenzen haben, wenigstens bisher, kein gutes Andenken hinterlassen. Vorbereitet dazu, den Frieden zu sichern, haben sie oft nur dazu gedient, die Verschiedenheit der letzten Ziele klarzulegen, dem überlegenen Gegner oder Partner die Schwächen des Andern zu entlocken, ihr friedliches Ende hat nicht selten den Anfang der Zwietracht gebohren.

Freundlicher, wenn auch frei von jeder Ueberschwänglichkeit, bespricht dies Ereigniß das „N. Tageblatt“:

Wir zweifeln nicht, daß Fürst Gortschakoff ein vollständig fertiges Programm nach Berlin mitbringen und demselben zunächst die Zustimmung des so eng befreundeten Berliner Hofes und Kabinetts zu verschaffen suchen wird. Auf sich allein gestellt, wird Graf Andrassy die doppelt schwere und verantwortungsvolle Aufgabe haben, seinerseits unter Berufung auf die allgemeine Friedensmission des Drei-Kaiser-Bundes und auf die spezielle Lage und die Bedürfnisse Österreich-Ungarns sein Programm zu entwickeln. Möchten die offiziellen Verhandlungen sich bestatigen, daß alle wesentlichen Differenzen im Schooße des Drei-Kaiser-Bündnisses bereits so gut als beseitigt seien und daß mankamentlich in Folge des vermittelnden Wirkens der deutschen Politik einen vollen Einklang der russischen und österreichischen Interessen in der orientalischen Frage erwarten dürfe!

Voll Zuversicht erwartet das, den maßgebenden Kreisen nahe stehende „Fremdenblatt“ die in Aussicht stehende Konferenz der ostmächtigen Staatsleiter; das regierungsfremdliche Blatt sagt:

Die bevorstehende Ministerkonferenz in Berlin ist eine gute, gemeinnützige, zeitgemäße That, welche in ganz Europa als ein politisches Ereigniß ersten Ranges aufgefaßt zu werden verdient. Sie wird allerdings Manchem in seinen Kreuz- und Querplänen ungelogen kommen und jene dunkle Kunstfertigkeit, mit welcher man dem bestemmten Kapital und den nur zu leicht erregbaren materiellen Interessen eine bedeutliche Forderung des Drei-Kaiser-Bündnisses und eine steigende Verstimmung zwischen Rußland und Oesterreich als den Anfang des Endes, ja als das leibhaftige Ende mit Schreden an die Wand malte, als eine arge Pflucherei bloßstellen. Gewiß wird die orientalische Frage den hauptsächlichlichen, wenn nicht den einzigen Gegenstand der Berliner Konferenzen bilden. Wir überlassen es Anderen, über den Inhalt und die Tragweite der etwaigen Abmachungen auf diesem Felde sich in mehr oder weniger gewagte Forschungen zu vertiefen. Uns genügt vorläufig die Ueberzeugung, daß in dem hohen Maße der Drei-Kaiser-Einigung nichts beschloffen werden wird, was den europäischen Frieden zu beeinträchtigen im Stande ist, und daß man deshalb über die weitere Behandlung der orientalischen Frage, soweit dieselbe jetzt behandelt werden kann, sich in einer Weise verständigen wird, die weder das Einbernehmen der drei Kaiserreiche unter einander stören, noch der Zustimmung der übrigen europäischen Großmächte ermangeln wird.

Der nun perfekt gewordene Ausgleich zwischen beiden Reichshälften erhöht gleichfalls die Stimmung der Gemüther, als ob man sich von einem Alp befreit fühle, der schon allzulange gedrückt hat. Das bisherige Quotenverhältniß der Beitragsleistung beider Reichshälften zu gemeinsamen Staatsausgaben wird auf weitere 10 Jahr beibehalten. Die Streitfrage der Verzehrungssteuern ist ganz fallen gelassen. Bezüglich der Zollrestitution macht Oesterreich die Zugeständnisse, daß die Steuer-Restitution auf Grundlage der in den beiden Reichshälften geleisteten Steuerbeiträge für Artikel, welche von der Restitution betroffen sind, bemessen werden soll. Z. B. ist der Ertrag der Zuckersteuer in den Etats des Jahres 1875 für Oesterreich mit 11 Millionen, für Ungarn mit 1 Million Gulden veranschlagt; danach würde die bei der Ausfuhr von Zucker über die österreichisch-ungarische Zollgrenze zu zahlende Steuer-Restitution zu $\frac{1}{2}$ Oesterreich, zu $\frac{1}{2}$ Ungarn zur Last fallen. Bei Spiritus dagegen, wo sich die Steuerbeiträge in den Etats des Jahres 1875 auf 8,100,000 Gulden für Oesterreich, auf 6,200,000 Gulden für Ungarn stellen, würde die Steuer-Restitution etwa zu $\frac{1}{3}$ Oesterreich, zu $\frac{2}{3}$ Ungarn zur Last fallen, während gegenwärtig die Steuer-Restitution von der Zollrestitution einfach in Abzug kommt und ihr Gesamtbetrag den beiden

Reichshälften nach dem Quotenverhältniß, das heißt mit $\frac{1}{3}$ Oesterreich, mit $\frac{2}{3}$ Ungarn zur Last fällt. Im erstern Falle ist jetzt Ungarn, im zweiten Oesterreich stärker belastet, als dies in Zukunft der Fall sein wird. — Betreffs der Bankfrage bleibt die Einheit der Zettelbank und der Währung bestehen. Die Frage, ob ein Theil des Metallschages nach Pest kommen soll, wird erst bei den Verhandlungen der ungarischen Regierung mit der Nationalbank über die Verlängerung des Privilegiums, welches Ende 1877 abläuft, entschieden werden.

Das Erkenntniß, womit die Ausweisung des Banquier's Aub verfiigt wurde, lautet wie folgt:

Erkenntniß. Auf Grund der durch polizeiliche Erhebungen sicher gestellten und durch ein theilweises Geständniß zugegebenen Thatfachen, daß Herr David Aub am Freitag, 20. April Nachmittags gegen 2 Uhr, am Schranken der k. k. Börse in Gegenwart mehrerer Personen, daher öffentlich ganz laut geäußert habe, daß Oesterreich nach den deutschen Zeitungen ein insolventer Staat sei und daß er ferner bemerkt habe: „Ja, jeder Staat hat den Kredit, den er verdient und Oesterreich verdient gar keinen Kredit“, welche Aeußerungen dahin abzielten, den österreichischen Staatskredit zu schädigen und zu untergraben und die k. k. Finanzverwaltung herabzusetzen, um gegen dieselbe Mißtrauen zu erwecken, daß er seinen hiesigen Aufenthalt dazu benutzte, die hiesigen Zustände in abträglicher Weise zu bekräftigen, wird hiermit erkannt:

Herr David Aub, aus Frankfurt a. M. gebürtig, dahin heimatlich-berechtigt, 30 Jahre alt, israelitisch, verheirathet, Bankier, Stadt, Bartensteingasse 2 wohnend, erscheint demnach zur Befassung auf hiesiger Place nicht geeignet, und es wird gegen denselben auf Grund des § 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 27. Juli 1871, N.-G.-B. 88 die beständige Abschaffung aus sämtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern unter Hinweisung auf die gesetzlichen Folgen der unbefugten Rückkehr hiermit ausgesprochen.

K. K. Polizei-Kommissariat, Innere Stadt. Zentso, m. p.

Italien.

Rom, 27. April. Ueber die Rede des Professor Mommsen welche derselbe beim Festbanket der hiesigen Academia dei Lincei hielt und die bereits zu gebührender Angriffen in französischen Blättern Veranlassung gegeben, hatten hier nur zwei deutsch-feindliche Journale Bericht erstattet, während alle übrigen mit gutem Takt und wohlwollender Selbsterleugnung darüber schwiegen. Zur Richtigkeitstellung der vielfach übertriebenen Angelegenheit wird der „N. Z.“ von ihrem hiesigen korrespondenten Folgendes mitgetheilt: Professor Mommsen hat in einem Toaste sich in Aeußerungen ergangen, die von den anwesenden italienischen und französischen Gästen unangenehm aufgenommen worden sind und auch wohl beim besten Willen nicht anders aufgenommen werden konnten. Die Sache ist indessen mit großen Ueberreibungen und Entstellungen weiter erzählt worden. In einer aus Italienern und Franzosen zusammengesetzten Versammlung von der Suprematie der deutschen Wissenschaft zu sprechen, auf die üble Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich und gar — unter Anwesenheit unfreies Feldmarschalls Moltke! — auf die Möglichkeit eines neuen Krieges hinzuweisen, das sind Wagnisse, bei denen auch der geschickteste oratorische Equilibrist den Hals brechen muß. Und der Ausgang ist auch danach gewesen; aber es ist nicht wahr, daß in dem betreffenden Toast auch von der Bequemlichkeit der Italiener in wissenschaftlichen Dingen, oder gar von dem Verfall Frankreichs oder der lateinischen Race überhaupt die Rede gewesen sei. Es war indessen genug darin gesagt, um den vorhandenen Franzosen bequeme Gelegenheit zu geben, sich auf ein hohes Piedestal zu erheben und von demselben herab zu verfluchen, daß die Wissenschaft über Nationalitätenhader erhaben sei.

Fünfehn der ältesten und einflussreichsten Kardinäle haben dieser Tage dem Papste erklärt, daß unter den gegenwärtigen Umständen das Konklave nirgends besser als in Rom abgehalten werden könne, was im Vatikan als ein großer Fortschritt in der Lösung dieser hochwichtigen Frage betrachtet wird. — Es hat den Republikanern missfallen, daß Garibaldi die ihm vom Parlament zuerkannte National-Belohnung angenommen hat, und der ehemalige Sekretär Mazzini's ist so weit gegangen, in öffentlichen Blättern zu erklären, daß Garibaldi von der früher von ihm vertheidigten Sache abgefallen sei und sich den Monarchisten verkauft habe, worauf dieser die Zeitungsredaktionen bittet, Herrn Campanella und Genossen nachstehende Zeilen vorzubalten: „Ich habe nie zu den bloß mit dem Munde thätigen Republikanern gehört, sondern bin stets thätig in den Kampf für die Republik eingetreten, und daher kann nicht von Abfall die Rede sein. G. Garibaldi.“ — Zum Abschiede des Feldmarschalls Moltke von Rom hatten sich Herr von Kroll, Minghetti, Taverna und andere hervorragende Persönlichkeiten am Bahnhof eingefunden. Zufällig sollen der Ex-Marschall Bazaine und dessen Gemahlin, die ganz incognito in Rom weilten, denselben Zug und denselben Salonwagen zur Reise nach Neapel benutzt haben.

Großbritannien und Irland

London 30. April. Seit einiger Zeit bespricht die englische Presse die deutschen Angelegenheiten in einer Deutschland freundlich gesinnten Weise als es früher der Fall war. Es ist schwer zu beurtheilen, ob diese erfreuliche Wandlung einer besseren Kenntniß unserer Politik und nationalen Bestrebungen entstammt oder ob die während der letzten Wochen mehrfach variierte Nachricht dieselbe hervorgerufen hat, nach welcher Deutschland die indo-britische Politik in Bezug auf Aegypten unterstützen soll. Jedenfalls würden die londoner Blätter die deutsche Eisenbahnfrage vor nicht allzulanger Zeit von einem ganz anderen Gesichtspunkte beurtheilt haben, als sie jetzt thun, wo sie die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck als eine durch die Lage der Dinge begründete anerkennen. In einem Artikel der „Times“, welcher dieser Frage beleuchtete, heißt u. A.:

Es ist ganz besonders angenehm, einen Mann wie den Fürsten Bismarck in seinen besten Momenten zu beobachten. Er wird vielleicht auf lange Zeit hinaus einer der besten Typen menschlicher Thakraft bleiben. Auf alle Fälle wird er in der Geschichte unseres Jahrhunderts nicht an zweiter Stelle genannt werden. Sein Plan zur Zentralisirung der Herrschaft des Staates über die Eisenbahnen paßt ganz in seine Geistesrichtung hinein und stimmt zu der Politik der Ausrottung des Partikularismus, deren Vollendung er so ruhmreich zu Stande gebracht. In einer solchen Frage zeigt sich der Kanzler am vortheilhaftesten. Er entwickelt dann die ganze Entschlossenheit und klare Auffassung seines eigenen Vorhabens, welche seine Siege in der europäischen Diplomatie gesichert haben. Bei Behandlung der Eisenbahnfrage tritt er an große Handelsinteressen heran und Achtung für den Handel und angelegentliche Sorge ihn zu fördern sind durchaus deutsche Empfindungen, wenn auch der Ausdruck derselben vielleicht nicht immer die weiseste Form annimmt. Bei der vorliegenden Gelegenheit erhalten wir den patriotischen Zweck der Befestigung der

nationalen Einheit in der vorteilhaftesten Weise klug und maßvoll vorgetragen, und der Eindruck, welchen der Vorschlag der Berliner Regierung bereits durch ganz Deutschland gemacht hat, deutet auf einen erfolgreichen Ausgang einer langen Erörterung.

Zu den Erörterungen über die Verfassung von Helgoland, welche in jüngster Zeit im Oberhaufe und in englischen und deutschen Blättern geführt wurden, kommt nun noch das Schreiben eines auf Helgoland wohnenden Preußen an die „Times“. Dasselbe bezweckt eine Entkräftung der von Herrn F. Dettler in der „Alln. Ztg.“ gemachten Angaben und eine unparteiische Darstellung der wirklichen Zustände auf der Insel. „A Prussian“ — so bezeichnet der Verfasser des Schreibens an die „Times“ — stellt nicht in Abrede, daß er die Gefühle seiner Landsleute mit Bezug auf die „Berle der Nordsee“ theilt; aber er fühlt sich im Interesse der Wahrheit und der deutschen Presse, die er nicht gern falsch berichtet sieht, gedrungen, zu konstatieren, daß die Helgoländer nicht das leiseste Verlangen hegen von England an Deutschland überzugehen, daß ihre Rechte und Privilegien von England nicht mit Füßen getreten werden, denn die ihnen genommenen Rechte seien gleichbedeutend mit Spielbanken und Strandrecht — und daß sie nicht gegen ihren Willen und hart, sondern verhältnismäßig sehr leicht und von einem aus Helgoländern bestehendem Amt besteuert werden. Kurz und gut, Despotismus und Unzufriedenheit ist den Bewohnern der Nordseeinsel nur aus den Zeitungen bekannt, und wenn es ja doch einige Unzufriedene giebt, so fehlen diese eben nirgends auf der ganzen Welt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 2. Mai. [Zur Charakteristik des neuen russischen Gerichtsverfahrens. Verpachtung der Kronländereien.] Bei Gelegenheit des am 29. (17.) April beendigten zehnten Jahres seit Einführung der Justizreform erwähnt der „Sokol“ nach freudiger Anerkennung der durch die Gerichtsverfassung erzielten Fortschritte mehrere Mängel, deren Abstellung auf sich warten läßt. Dahin rechnet der „Sokol“ einmal den zu geringen Personalbestand mehrerer von Prozessen überbürdeten Gerichtshöfe, ebenso wie ihre zu sparsame Ausstattung mit Kanzleimitteln. Ferner aber hebt das Blatt den gänzlich unbefriedigenden Zustand der Gefängnisse hervor. Die jetzigen Gefängnisse sind eine qualvolle Tortur für alle Verbrecher, welche noch einen Funken ihrer menschlichen Würde bewahrt, während sie dem eingeleisteten Bösewicht einen kostfreien angenehmen Aufenthalt bieten, bis er es für nötig erachtet, davonzulaufen. Durch den Mangel guter Strafgefängnisse wird die Fortdauer des Verhaftungssystems erzwungen, obgleich seine pestartig demoralisierenden Folgen längst erkannt und von der Bevölkerung der Deportationsgegenden schwer empfunden werden. Einen Fortschritt zu einem genaueren Anschließen an den Geist des neuen Gerichtsverfahrens sieht der „Sokol“ dagegen in der in letzter Zeit häufigeren Bestätigung der Untersuchungsrichter als solche in ihren Funktionen. Bisher waren, wie bekannt, viele Untersuchungsrichterposten durch Beamte des Justizministeriums, die provisorisch das Amt versahen und jeden Augenblick entfernt werden konnten, besetzt worden. Einmal war hierdurch der Untersuchungsrichter in seiner Unabhängigkeit gefährdet, während andererseits hierdurch häufig sehr junge, von kurzem aus der Universität entlassene Leute ohne viele Erfahrung dieses wichtigen, den ganzen späteren Gang des Prozesses tief beeinflussende Amt erhielten. Daher sieht der „Sokol“ in der erfolgten Bestätigung einiger Untersuchungsrichter die Anerkennung eines heilsam wirkenden Prinzips. — Nach den bisher bestehenden Bestimmungen werden Kronländereien nur in größeren Komplexen in Pacht gegeben. Dieses Verfahren hat den Nachteil, daß die Spekulation zum Nachteil der Interessen der Landwirtschaft sich der Kronländereien bemächtigt, indem Industrie und Kapitalisten die von ihnen gepachteten Länderkomplexe in kleine Parzellen theilen, welche sie an Bauern zu hohen Pachtsummen vergeben. In Anbetracht dieses Mischstandes werden die Kronländereien fortan nur in kleinen Parzellen und vorzugsweise an Bauern verpachtet werden.

Türkei und Donaufürstenthümer

Ueber die vielbesprochenen Schlachten am Dugapasse und die Verproviantierung von Niksit wird der „Polit. Kor.“ aus Cetinje von unparteiischer Seite folgende objektive Darstellung gegeben:

Moukhtar Pascha drang mit seiner über 20,000 Mann starken Armee Freitag den 28. ohne besondere Schwierigkeiten in den Dugapass und gelangte bis zum Fort Presjeka am Ausgange dieses letzteren. Hier wurde er von den 5000 Mann starken Insurgenten im Rücken angegriffen und entspann sich ein mörderischer Kampf. Während dieser am bestigsten tobte, fiel die Befestigung von Niksit, sekundiert von der dortigen Zivilbevölkerung, aus und vermochte das Fort Presjeka zu erreichen, von wo sie in aller Eile von den dort deponirten Vorräthen 300 Säcke Mehl nach Niksit zu schleppen vermochten. Moukhtar, welcher angeblich erkannte, daß er an jenem Tage mit dem Proviant nicht werde durchdringen können, verschante sich spät Abends bei Presjeka. Sonnabend den 29. April bei Tagesgrauen griffen die Insurgenten die Türken in ihren verschanten Stellungen an. Die Schlacht dauerte den ganzen Tag. Die Türken behaupteten ihre Stellungen. (Dies giebt selbst der montenegrinische Bericht zu.) Am darauf folgenden Tage erhielten die Insurgenten namhafte Verstärkungen, die auf 3000 Mann geschätzt werden, und griffen von Neuem die Türken in ihren verschanten Stellungen an. Auch an diesem Tage wurde vom anbrechenden Morgen bis tief in die Nacht gekämpft, bis schließlich Moukhtar zum Rückzuge gezwungen und von den Insurgenten von Presjeka bis zum Fort Nozdra verfolgt worden sein soll. Nach Angabe der Insurgenten hätten die Türken in diesen Kämpfen 300 Mann, sie aber selbst 120 Mann an Toden verloren. Mit dem Rest der Armee, so schließt der montenegrinische Bericht, rettete sich Moukhtar nach Goceto) also ist er nicht zerritt, wie die gestrigen Meldungen behaupten) ohne seinen Zweck erreicht zu haben.

Ueber die Situation in Serbien schreibt man derselben Korrespondenz aus Belgrad, vom 28. April:

Es ist merkwürdig, wie kleinlaut man hier seit einigen Tagen geworden ist. Man hört viel weniger von baldigen Vorschlägen, von bevorstehenden Märschen, und anderen kriegerischen Dingen. Das Dramarbasiren und Spektakuliren ruht, mit einem Worte, in diesem Augenblicke. Man weiß gar nicht, was das zu bedeuten habe, da man offenbar noch nicht offen zugethen will, daß es mit dem geplanten Kriege wahrcheinlich keine guten Wege haben dürfte. Wieswohl nun eine Aktion stark bezweifelt wird, löst die Regierung die Freiwilligen-Region, welche vor einiger Zeit in Peshniza an der Grenze gebildet wurde, doch noch nicht auf, und löst dies bei dem Stande von 800 Köpfen dem Staate täglich an Sold 800 Zwanziger. Seit einigen Tagen befindet sich diese Legion in Schabaz. Nach Meldung der hiesigen Blätter ist der bekannte Insurgentenführer Miroslav Submaber hier angekommen. Der Mann rechnet darauf, eventuell ein Kommando über ein kleines Freiwilligenkorps zu übernehmen. An der Grenze kommen ununterbrochen Konflikte vor. Im krainischer Kreise haben Arnauten einige Grenzposten überfallen und getödtet. Kleinere Kämpfe fanden auch beim Grenzorden Masanitscha, sowie bei Cerna-Cusa statt. Die Arnauten haben aus dem ferbischen Dorfe Jablanica auch eine Anzahl Kühe, Pferde u. dergleichen geraubt. Die innere Anleihe fängt nun doch an, der Regierung etwas Geld einzubringen, immerhin aber noch in spärlicher Weise. Als Maßstab für die Opferwilligkeit kann wohl die Thatsache gelten,

daß in Kragujevac, der zweiten Hauptstadt des Landes, bis jetzt nicht mehr als 890 Dukaten subskribirt worden sind. Die Beforsung, daß die Regierung ihren Verbindlichkeiten in Wien, Paris, Berlin u. dergleichen nicht werde nachkommen können, wird immer größer.

Parlamentarische Nachrichten.

* Zu dem Bericht unfres □-Korrespondenten über die Petition von Posen, Brandenburg, Straßburg, Krotoschin und Elbing in Betreff des sogenannten T u m u l t g e s e z e s tragen wir noch nach, daß in der Gemeindefommision gegen die Ausführungen der Petenten vom Regierungskommissar Folgendes geltend gemacht wurde:

1) Es sei eine Härte für den Einzelnen, die zu dessen vollständiger Ruine führen könne, wenn er bei Tumulten, gegen die er völlig machtlos sei, vielleicht seiner politischen Gesinnung wegen, sein Eigenthum einbüßen sollte, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten, da die nach dem Zivilrecht haftpflichtigen Beschädigten, die Tumultuanten, fast regelmäßig der befallslosen Klasse angehören beziehungsweise unentgeltlich bleiben. Eine solche Entschädigung von Staatswegen zu gewähren, dafür liege keine Veranlassung vor. Wohl aber sei die Gemeinde, innerhalb welcher die Exzesse verübt worden, dazu heranzuziehen; denn sie würde, wenn nur die Besitzenden und Wohlgehabten dem Unfuge energisch entgegenzutreten und sich nachbarliche Hilfe leisten wollten, häufig in der Lage sein, dergleichen Exzesse sofort im Anfange zu unterdrücken. Schon diese Rücksicht lasse es als gerechtfertigt erscheinen, bei der Beantwortung der Frage, wer den bei solcher Gelegenheit zugefügten Schaden zu ersetzen habe, vorzugsweise auf die Gemeinde zurückzugehen. 2) Dieselbe Ersatzpflicht lasse sich aus dem altdeutschen Prinzip der Gesamtbürgerschaft für sämtliche Mitglieder einer Gemeinde ableiten: die Last, welcher der Einzelne erliegt, sei von Allen gemeinsam sehr wohl zu tragen. 3) Ein solches Gesetz sei aber eben dazu da, um den Eintritt solcher Gesetze zu verhindern; denn Jedermann werde weniger geneigt sein, seinem Nachbar Schaden zuzufügen, wenn er wisse, daß er und die übrigen Mitglieder der Gemeinde den Schaden zu ersetzen haben, als wenn der Schaden gar nicht oder vom Staate zu ersetzen wäre. 4) Ebenso werde es aber auch für die Nichttumultuanten, aber durch die dabei vorfallenden Beschädigungen in Mitleidenschaft Gezogenen ein Sporn sein, aus der bloßen Zuschauerrolle heraus- und den Tumultuanten energisch entgegenzutreten. 5) Durch das Fehlen einer Bürgerwehr, so wie durch den Umstand, daß einer Gemeinde etwa die Handhabung der Polizei nicht selbst zustehe, werden die für das Gesetz sprechenden Gründe nicht entkräftigt; denn Bürgerwehren hätten sich, nach den früher gemachten Erfahrungen, selten zur Unterdrückung eines Aufstandes geeignet gezeigt, und auch die Polizei sei häufig nicht in der Lage, rechtzeitig und — wenn sie nicht von den Gemeindegliedern aus eigenem Antriebe energisch unterstützt werde — mit voller Wirkung einzuschreiten. 6) Legte man gleichwohl auf eine bewaffnete Organisation der Bürgerschaft Werth zur Verhütung von Tumulten und zum Schutze des Einzelnen, so gebe der Schlußparagraph des Gesetzes ja jeder Gemeinde die Befugniß, sich wegen Errichtung eines bewaffneten Sicherheitsvereins an die Bezirksregierung zu wenden. 7) Daß aber auch für ruhigere Zeiten ein solches Gesetz nicht überflüssig sei, bewiesen die immer wieder hier und da vereinzelt vorkommenden Fälle. Für unruhige Zeiten, wo Exzesse massenhaft zu befürchten seien, müsse dasselbe aber eben schon vorhanden sein; sonst komme es, nachdem der Schaden angerichtet ist, zu spät.

* Der von der Städteordnungs-Kommission gefaßte Beschluß bezüglich der Einschränkung der königlichen Polizeiverwaltungen in den Städten wurde in folgender Fassung angenommen: „Der Minister des Innern ist befugt, in Städten mit 22,000 und mehr Einwohnern, sowie in Festungen die Sicherheitspolizei einer besonderen Staatsbehörde zu übertragen. In diesem Falle werden die Grenzen der Zuständigkeit zwischen der Staatsbehörde und dem Magistrat durch ein vom Minister des Innern zu erlässendes Regulativ bestimmt. Dem Magistrat verbleibt jedoch jedenfalls die Verwaltung der Bau- und Feuerpolizei, die Einrichtungen der Gesundheitspolizei, die Aufsicht über gewerbliche Anlagen, das Versicherungswesen, die Einrichtung öffentlicher Märkte, die Zulassung und Einrichtung öffentlicher Transportanstalten. Ueber die Gesetzmäßigkeit des Regulativs entscheidet auf die Klage des Magistrats das Oberverwaltungsgericht.“ Der Regierungskommissar erhob gegen diesen Beschluß Einsprache; sein Schicksal im Plenum ist demnach noch immer ungewiß.

Lokales und Provinzielles.

Posen 4. Mai.

r. Die Vorschuß- und Kreditvereine der Provinz Posen halten am 27. und 28. d. M. in unserer Stadt unter Vorsitz des Verbandsdirektors, Rechtsamalt Sauer, einen Genossenschaftstag ab. Als Vertreter der Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften wird Schulze-Delitsch oder ein Vertreter desselben, selbst hierher kommen.

—g. Das auf den Sonnabend angelegte Konzert des Violin-Virtuosen Gerhard Brassin und der Geschwister Fräul. Klara und Jenny Hahn verdient wohl wegen der inzwischen zur Herrschaft gelangten schönen Jahreszeit eines kleinen Hinweis, beginnt doch mit dem Maibe recht Vielen das Interesse für Konzert-Genüsse beinahe prinzipiell zu erlahmen. Die Geschwister Hahn hatten sich schon vor 2 Jahren eines besuchten Konzertes zu erfreuen und namentlich hat Fräul. Jenny Hahn letzten Montag im Sennig'schen Konzert das Interesse seiner Besucher aufs regste für sich in Anspruch zu nehmen gewußt. Herr Brassin ist der Bruder des bekannten Pianisten Louis Brassin, wie wir hören ein Belgier der auf einer Kunstreise begriffen, auf dem Wege von Breslau nach Warschau hier kurz Station machen will. Es geht ihm ein guter Ruf voraus. Das Programm ist sehr einladend und mit Geschick so zusammengestellt, allen 3 Künstlern möglichst allseitige Bethätigung ihrer Talente zu gewähren.

— In der „Danz. Z.“ wird die Verfügung des hiesigen Provinzial-Schulkollegiums betr. die Nebenbeschäftigung der Lehrer höherer Unterrichtsanstalten in einer Korrespondenz aus Posen besprochen, für deren Verfasser wir einen hiesigen entschieden liberalen Gymnasiallehrer halten. Dieser Korrespondent äußert sich weit günstiger über jene Verfügung als die „Nat. Lib. Korr.“ Nachdem er konstatiert hat, daß die Verfügung unter einem großen Theile der hiesigen Lehrer eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen hat, fährt er fort:

Allein jede Sache hat zwei Seiten, und eine Maßregel ist nicht immer schon deshalb zu verurtheilen, weil sie eine etwas zu ausdehrende Form angenommen hat. Bei den vielfachen Beziehungen, in denen Eltern und Lehrer durch die Schüler zusammengeführt werden, schließen sich durch ein- oder zweifelhafte Verhältnisse häufig genug Mischstände ein, die die Würde und die Leistungen des Amtes beeinträchtigen. Privatunterricht ist in einzelnen Fällen durchaus notwendig, greift er aber über dieses notwendige Maß hinaus, so wird er zum Krebsgeschwür für die betreffende Anstalt. Pensionate bei einzelnen Lehrern sind gewiß hier und da sehr fördernde Institute, die aber überall da einer schweren Verurtheilung mit Recht anheim fallen, wo ein gewissenhafter Beobachter der oft sehr heikeln Verhältnisse nicht sichtbar hervortritt. Die Ertheilung von Unterricht an anderen Lehranstalten endlich ist namentlich in größeren Städten mit so und so vieler Erneuerung der Lehrer und so vieler Schädigung eines ge-

regelten Unterrichtes verbunden, daß dieselbe nur in seltenen Ausnahmefällen gebilligt werden dürfte, zumal wenn Privat-Anstalten dadurch ihr sonst wenig begründetes Recht zur Existenz sicher stellen wollen. Auf der andern Seite liegt es im Interesse des Lehrstandes an den höheren Unterrichtsanstalten, daß derselbe von mancherlei nicht ganz würdigen Auswüchsen, die im Publikum recht wohl bekannt sind und von dort entschuldigt zu werden pflegen, wo das eigene vielleicht falsch verstandene Interesse zu einem Augenwüchsen hinreibt, je eher desto besser gründlich befreit werde. Eine andere Frage aber ist die, ob die bezogene Verfügung auch wirklich das Gute, was sie beabsichtigt und in Aussicht stellt, zur Folge haben wird. Schon jetzt sind, so viel ich weiß, die Direktoren und Schulvorstände verpflichtet, über die vorhin berührten Verhältnisse sich in genauer Kenntniß zu erhalten, nicht minder auch jeder Ausdehnung über das Maß des Anstandes und der Zuträglichkeit strenge entgegenzutreten; ich glaube sogar, daß dieselben ohne die Selbstangaben der einzelnen Kollegen im Stande sind, den geforderten Bericht aus eigener Wissenschaft und ohne allzu subtile Eingriffe in Privatverhältnisse zu erstatten, ich glaube endlich, daß die betreffenden Departements-Räthe bei Gelegenheit der Anstalts-Revisionen die gewünschten und erwünschten Materialien sich verschaffen können und halte demnach die Verfügung des k. Provinzial-Schul-Kollegiums für nicht ganz zutreffend und insoweit sie das Ansehen einzelner Kollegen beim Publikum zu vergeringern vermag, für nicht ganz opportun. Leider muß ich aber hinzusetzen, daß in solchen Berichten nicht immer das Kind mit dem rechten Namen genannt wird, daß vieles übersehen oder entschuldigt wird, was nicht übersehen oder entschuldigt werden sollte, und wenn die gedachte Verfügung hierin bessere Zustände herbeiführen sollte, so würde ich sie mit Freuden begrüßen und von der etwas unfreundlichen Form gerne absehen.

— Der über die hiesigen geistlichen Verhältnisse gut orientirte posener Korrespondent eines ultramontanen galizischen Blattes, macht das offene Geständniß, daß die eigenen Seelsorger entbehrenden katholischen Parochien in der hiesigen Provinz von sogenannten Missionsgeistlichen heimlich pastorirt werden und daß sich mithin die Erzdiözese Gnesen-Posen theilweise im Missionszustande befindet. Der Korrespondent schreibt nämlich:

„Einen besonders schmerzlichen Anblick gewährt die große Zahl der verwaisten Parochien, in denen das Volk allein ohne Seelsorger den Gottesdienst abhält oder zur Nothzeit die heilige Messe hört und die Sakramente empfängt, die ihm ungeachtet fortwährender Verfolgungen der Gensdarmarie und der posener Polizeibeamten von Missionsgeistlichen, die große Hingebung, bewunderungswürdige Tugend und eiserne Ausdauer besitzen, ertheilt werden. In der Charwoche wurden von Gensdarmen unter Führung posener Beamten zur Aufspürung solcher Geistlichen zahlreiche Expeditionen unternommen, bei denen Kirchen, Pfarrhäuser, Edelhöfe und Bauernhöfen durchsucht wurden, die aber glücklicher Weise ohne Erfolg waren.“

r. Die Schauspielergesellschaft des Theaterdirektors Schäfer tritt hier am 11. d. M. zusammen, und werden die Vorstellungen im Volksgarten-Theater (Interimstheater), in welchem die Umbauten und Restaurationsarbeiten bereits begonnen haben, dann wahrscheinlich Mitte d. M. beginnen.

— **Albernheit.** Der „Dziennik“ theilt Folgendes mit: Einer hiesigen Buchhandlung ist unterm 2. d. eine aus Berlin abgesehene Postkarte nachstehenden Inhalts zugegangen: „So eben ist der Landtagsbeschluss durchgegangen, daß die polnische Sprache in Posen, Westpreußen, Oberschlesien u. dergleichen verboten ist, die Kasuben, Polacken und dergl. auf den Aussterbeetat gesetzt werden sollen. Sie werden hiermit aufgefordert, Ihre blödsinnige polnische Adresse sofort aufzugeben, widrigenfalls Sie öffentlich vom Magistrat der Stadt Posen auf dem Wilhelmplatz ausgehauen werden. Im Auftrage d. Kultusminister.“ An der Seite waren noch folgende Worte bemerkt: „Dem dortigen Magistrat sind soeben die Bambusröhre zum Aushauen zugegangen.“ Der „Dziennik“ schiebt in diesem „Kuriosum“, wie er das Ding nennt, „eine kleine Charakteristik der augenblicklichen Lage“. Wir sehen darin weder ein „Kuriosum“, noch eine „Charakteristik“, sondern nur eine Albernheit. Denn — ob Pole oder Deutscher — albern war jedenfalls der Mensch, welcher sich einen solchen nutzlosen Wisz machte und dabei den Namen des Kultusministers mißbrauchte, der mit dem Sprachengesetz gar nichts zu thun hat.

— **Das neue posener Adressbuch.** welches dem „Kurjer Posański“ durch Zufall in die Hände gekommen ist, bereitet dem ultramontanen Moniteur großen Aerger, indem darin das Amt des Erzbischofs mit „vokat“ bezeichnet ist. Besonders aber ist der „Kurjer“ darüber ärgerlich, daß 5 polnische Subalternbeamte bei der staatlichen Diözesan-Vermögensverwaltung dieselben Aemter bekleiden, die sie früher unter der geistlichen Vermögensverwaltung inne hatten. Der „Kurjer“ druckt die Namen der betreffenden mit fetter Schrift ab, um sie dem christlichen Hass der „getreuen Schäfchen“ zu denunzieren.

— **Der Abgeordnete Dr. v. Riegolewski,** der wie bereits mitgetheilt, im Prozesse gegen den Redakteur des „Dredowin“ Herr Viktor Stawinski als Zeuge vernommen werden soll, gedenkt für die bevorstehenden Verhandlungen einen gewandten Stenographen zu gewinnen „damit, wie der „Kurjer“ mittheilt, seine Aussagen in diesem Prozesse wörtlich niedergeschrieben würden.“

— **Diebstähle.** Einer Handelsfrau aus Schmerzen wurden gestern Vormittags auf der Chaussee vor dem Warthauer Thor zwei Enten, und vor acht Tagen ebendasselbst ein Korb mit Butter im Werthe von 24 M. durch Herabziehen vom Wagen gestohlen. — Verhaftet wurde ein Fuhrmann von hier, welcher gestern Nachmittags ein mit Kartoffeln beladenes Fuhrwerk von der Dominikanerstraße nach Ostromeke vor seine Wohnung fuhr und eben im Begriffe war, die Kartoffeln abzuladen und sich dieselben widerrechtlich aneignen. — Es istir wurde ein Zimmermann von hier, welcher dabei betroffen wurde, als er auf dem Kreuzburger Bahnhof Kohlenstücke, welche von einem Wagen herabgefallen waren, aufhob und sich widerrechtlich aneignete. — Verhaftet wurde ein obdachloser Arbeiter, welcher gestern Nachmittags dabei betroffen wurde, als er Eihentheile von einem Arbeitswagen in der Nähe des Kreuzburger Bahnhofes mittelst Gewalt und widerrechtlich loslöste und an sich nahm. — Aus offenem Entree eines Hauses am Alten Markt wurde gestern Abends ein bläulicher Rock gestohlen, in dessen Tasche sich ein ärztliches Besteck in grünlichem Etui befand. — Vor einiger Zeit wurden einem Bäckergehilfen von der Schützenstraße auf dem Bahnhofe in Kreuz zwei Jaquettes, ein Paar Hosen u. dergleichen gestohlen. Eines der gestohlenen Jaquettes wurde gestern bei einem Schuhmachergehilfen auf der Bäderherberge vorgefunden und der Gefelle wegen Verdrachts des Diebstahls verhaftet. — Ferner wurde ein Arbeiter aus Gurzyn verhaftet, welcher einem dortigen Fuhrmann eine Wagen-Hemmkette auf der St. Martinstr. gestohlen hat. — Einem Arbeiter aus Bobusowo bei Murow-Goslin wurde gestern Nacht aus unverschlossenem Stalle eine große weisse tragende Sau gestohlen. Es liegt der Verdacht vor, daß dieselbe nach Posen gebracht worden ist.

— **d. Kofchmin, 3. Mai.** [Selbstmord.] Gestern Mittag machte die Aderbürgerfrau, verw. Stantewska von hier, ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Dieselbe hat die That mit vollster Ueberlegung ausgeführt, indem sie sich einen Strick kaufte, ihren Kindern auf die ganze Woche Fleisch und Essen besorgte und als sie dann den Strick nahm und in die Scheune ging, um, wie sie sagte, Kleben zu holen, zu den Kindern sagte, sie sollten nur essen, da es das letzte Mal sei, daß sie ihnen das Essen bereitet habe. Als die Mutter dann lange nicht zurückkehrte, erinnerten sich die Kinder der dunklen Worte, eilten zur Scheune, die sie von innen verschlossen fanden und sahen durch eine Ritze ihre Mutter an einem Balken hängen. Auf das Geschrei der Kinder kamen auch sofort Leute herbei, die Scheune wurde geöffnet, indeß war Hilfe schon zu spät. Welche Motive die sonst gesunde und gut situirte Frau zu dieser unseligen Handlung getrieben, ist nicht

Eine seit länger als **fünfzig** Jahren im besten Rufe stehende Buchdruckerei einer grösseren Provinzialstadt Norddeutschlands mit einem Gymnasium nebst Realschule erster Ordnung und einem viel besuchten bedeutenden Bade, ist Familienverhältnisse wegen **sofort** zu verkaufen. — Diese Officin besitzt **zwei** Schnellpressen, eine gute Auswahl Schriften, eine **täglich** erscheinende, weit verbreitete Zeitung, ein Kreisblatt, sowie auch zahlreiche Accidenzarbeiten, die ihr durch stehende Kundschaft gesichert sind, und bietet hierdurch eine um so sicherer fundirte Existenz, als dem Platze in kurzer Zeit durch die Erbauung einer Eisenbahn auf Staatskosten ein neuer Aufschwung und ein mächtiges Hinterland gesichert sind. Ernstlich gemeinte Offerten zahlungsfähiger Käufer nehmen die Herren **Haasenstein & Vogler** in **Stettin** No. **1556a** zur Beförderung entgegen.

Gutsverkäufe.

2 aneinandergrenzende schöne Rittergüter mit gutem Boden und außerordentlich günstigem Wiesen-Verhältnis sind mit 15 resp. 30 Tausend Thaler unter günstigen Bedingungen sofort zu kaufen oder zu pachten. Näheres wird mitgetheilt auf Abgabe der Adresse in der Annoncen-Expedition von **Rudolf Woffe, Posen**, sub v. S. 3.

Gasthof-Verkauf
worin 10 Stuben, 2 Keller, 1 Morgen Garten am Hause mit guten Obstbäumen, 2 Hofräumen, Stallung, 3 Häuser vom Markte entfernt, an der Chaussee nach Breslau gelegen, zur Fleischerei, Bäckerei u. Destillation sich eignend, ist bei weniger Anzahlung billig zu verkaufen. Das Nähere ist zu erfragen bei **Franz Arendz**, Fleischermeister in Koschmin

Guts-Kaufgesuch.
Wir suchen für einen adligen Herrn ein preisgemäßes **Rittergut** von **2—3000 Morgen** in der Provinz **Posen** mit gutem Boden, schönem Wohnhaus und guten Wirtschaftsgeländen bei einer baaren **Anzahlung von 80.000 Thaler** zum baldigen Ankauf. (Eine Besichtigung kann bald erfolgen.) Um direkte spezielle Offerten ersuchen **Gebrüder Schönfeld**, Breslau, Bankgeschäft für Grundbesitz, Gartenstraße 30a.

C. Eifig, Breitestr. 9, empfiehlt fertige Herren-Garderobe, sowie Stoffe per Elle zu den billigsten Preisen.

Marienbad
in Böhmen (Bahnstat.).

Verfendung der Mineralwässer und Quellenprodukte, als: der weltbekannten Glaubersalz wässer **Kreuz- und Ferdinandsbrunn**, der **Waldquelle**, (gegen Katarrhe der Athmungsorgane), der **Rudolfsquelle** (gegen Krankheiten der Harnorgane), des **Brunnenfalzes**, der aus demselben bereiteten **Pastillen** und des **Mineralmooses**, welcher an Eisengehalt von keinem andern übertriften wird. Die Füllung und Verfendung der Mineralwässer findet nur in Glasbouteillen zu ¼ Biter statt. Brunnenschriften und Gebrauchsanweisungen sind gratis zu beziehen von der **Brunnen-Inspektion.**

Freiwilligen-Examen.
Neue Curse haben begonnen. Speciellste Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen. Posen, Pauli-Kirchstr. 5, 2 Tr. **Dr. Theile.**

Das Dom. **Wiatrowo** b. **Wongrowiec** hat noch zwanzig Schock gesundes, frisches **Roggen-Stroh** zu verkaufen. Das Schock à 15 Thaler.

Zahnwolle
zur sofortigen Beseitigung von Zahnschmerzen empfiehlt a. Hüfle 15 Pf. **Eisners' Apotheke.**

Unterzeichnete Kolonialwaarenhändler schließen während der Sommermonate alle Sonntage und zwar vom **7. Mai bis incl. 3. September** Mittags von 2 Uhr ab, ihre Geschäftslocale:

Gebr. Andersch. J. Alexander (H. Kirsten). Albert Classen. A. Cichowicz. Richard Fischer. Krug & Fabricius & Filialen. Gustav Heinze. J. N. Leitgeber. W. F. Meyer u. Comp. J. K. Nowakowski. A. Luzinski. Eduard Stiller. F. W. Plagwitz. Julius Placzek & Sohn.

Bukowine in Schlessen, alkalisch-erdiges Eisenbad.
Heilquelle gegen Rheumatismus, Gicht, Nervenkrankheiten, Bleichsucht, Uterin-krankheiten etc.
— Neuester wirksame Moorbäder! —
Anfang der Saison: 15. Mai, Ende: 15. Septbr. Bahnstation P.-Wartenberg 1 ½ Meilen, Poststation Medzibor 2 Meilen entfernt. Nähere Auskunft ertheilt der Badearzt Dr. A. Wiczorek in Medzibor.

Die Badeverwaltung.
Das Dominium **Jerzewo** bei **Boret** hat **6 Stück Mastvieh** und gut gebrannte **Mauersteine** zum Verkauf.

Agenten
werden für ein überall gangbares respectables Geschäft gesucht. Dasselbe bedarf keiner besonderen kaufmännischen Kenntnisse, ist für Jeden als Nebengeschäft leicht zu führen und wirft sehr gute Provision ab. Reflectanten belieben ihre Adresse in der Exped. d. Btg. unter den Buchstaben **F. B.** schnelligst abzugeben.
Ein sehr böser **Schhund** und eine kleine treue **Dogge** ist zu verkaufen in **Sumkowo** bei **Posen**.

Wiederholte Ankündigung

der verloosten und der in Folge Ablösung zur Baarzahlung gekündigten Grossherzogl. Posen-schen 3 1/2 proc. Pfandbriefe.
Unter Bezugnahme auf unsere früheren Bekanntmachungen werden die Inhaber der aufgekündigten bis jetzt nicht eingelieferten 3 1/2 % Pfandbriefe und zwar der verloosten

Pfandbr.-Nr.	Gut	Kreis
57 2771	Gościejewo	Krotoschin
58 2772	dito	dito
102 3235	Grąblewo	Buk
46 5010	Grochowiska pańs.	Mogilno
17 3594	Gwiazdowo	Schroda
42 5220	Jasienie	Kosten
37 216	Kobylniki	dito
32 3704	Kociszewo	Meseritz
25 2619	Kolaczkowo	Gnesen
55 2410	Konino	Samter
57 2412	dito	dito
17 4591	Krzyżanki	Kröben
97 4169	Laszczyn	dito
100 4172	dito	dito
102 4175	dito	dito
39 4079	Myszkowo	Samter
136 4981	Nowe Ogrody et Długie	Fraustadt
57 450	Prnsim	Birnbaum
14 3079	Wilkonice	Kröben
68 6038	Włociszewki	Schrimm

Pfandbr.-Nr.	Gut	Kreis
104 619	Siemianice	Schildberg
37 2187	Slivniki	Adelnau
137 161	Stoleżyn	Wongrowitz
139 163	dito	dito
168 192	dito	dito
184 208	dito	dito
187 211	dito	dito
209 233	dito	dito
211 235	dito	dito
219 243	dito	dito
223 247	dito	dito
243 267	dito	dito
259 283	dito	dito
34 2756	Świączyn	Schrimm
82 1378	Woniesie	Kosten
83 1379	dito	dito

Pfandbr.-Nr.	Gut	Kreis
62 937	Morkowo	Fraustadt
124 4087	Owinka	Posen
131 4094	dito	dito
133 4096	dito	dito
70 4169	Parzenczewo et Katusz	Kosten
73 4172	dito	dito
147 3502	Pawlowice	Fraustadt
97 3567	Ponice	Kröben
55 2083	Runowo	Wongrowitz
122 151	Siemianice	Schildberg
128 157	dito	dito
130 159	dito	dito
131 160	dito	dito
134 163	dito	dito
22 3369	Ślabomierz	Wongrowitz
99 2663	Ślawno	Ozarnikau
124 4525	Stwolno	Kröben
28 3845	Tworzymierki	Schrimm
166 2538	Ujazd et Łęka kl.	Kosten
97 3969	Urbanowo	Buk
36 463	Ustaszewo	Wongrowitz
51 3701	Usarzewo	Schroda
92 716	Woniesie	Kosten
159 345	Zakrzewo	Kröben

Pfandbr.-Nr.	Gut	Kreis
66 3086	Droszew	Pleschen
29 253	Gostyn II.	Kröben
30 254	dito	dito
59 1813	Kiekrz	Posen
68 265	Nowe ogrody	Fraustadt
74 271	dito	dito
154 3855	Nowe ogrody i Długie	dito
36 4631	Pakosław	Buk
99 1318	Rabin	Kosten
146 2897	Witaszyce	Pleschen
114 2613	Xiąz	Schrimm

F. Ueber 20 Thlr. = 60 Mark.
46 410 Baborówko Samter
48 412 dito dito
81 3549 Borowo Kosten
83 3551 dito dito
97 1061 Brodowo Schroda
100 1064 dito dito
180 4450 Bzowo Czarnikau
54 2367 Charbowo Gnesen
244 4443 Chocieszewice Kröben
46 1539 Chojno I. dito
94 4291 Chojno II. dito
112 2822 Chorynia Kosten
48 3524 Chotowo Adelnau
44 3470 Chwalibogowo Wreschen
48 3474 dito Bomst
99 241 Dąbrowa Adelnau
200 3731 dito Wreschen
108 4570 Dąbrowka dito
114 4576 dito Bomst
61 699 Drzewce kowo Fraustadt
72 1261 Drzewce et Ozarnikau Kröben
77 1266 dito Gnesen
117 2510 Działyn Pleschen
121 2110 Działyn Krotoschin
128 2117 dito Buk
57 589 Gaj Samter
90 2191 Gościejewo Krotoschin
80 1349 Grąblewo Buk
120 2563 dito dito
135 2807 dito dito
136 2808 dito dito
137 2809 dito dito
104 3240 Karsy Pleschen
84 210 Kobylniki Birnbaum
86 212 dito Wongrowitz
88 214 dito Fraustadt
89 215 dito Gnesen
90 216 dito Gnesen
59 2916 Kociszewo dito
72 99 Kotowiecko Meseritz
74 101 dito Pleschen
83 110 dito dito
68 2313 Krajewice Kröben
126 4017 Kromolice Krotoschin
43 1821 Kwiatków I. II. Adelnau
92 4352 Lewkowo et Karski dito
66 2184 Lussowo Posen
60 1412 Miastowice Wongrowitz
50 1982 Międzyzylisie dito
41 1249 Mierzewo Kröben
40 4004 dito dito
48 2427 Mnichy Birnbaum

A. Ueber 1000 Thlr. = 3000 Mark.
6 5938 Gąsawy Samter

B. Ueber 200 Thlr. = 600 Mark.
33 232 Nowogrody Fraustadt

C. Ueber 100 Thlr. = 300 Mark.
48 3481 Garzyn Fraustadt
54 3487 dito dito
40 2980 Gola Kröben
42 4007 Grodzisk Pleschen
43 5119 Kazmierz Samter
93 3625 Kuklinowo Krotoschin

D. Ueber 40 Thlr. = 120 Mark.
121 1339 Pogrzybowo Adelnau
122 1340 dito dito
154 1341 dito dito
52 3323 Zdzychowice Schroda

E. Ueber 20 Thlr. = 60 Mark.
120 3151 Bendlewo Posen
36 1106 Budziejewo Wongrowitz
82 482 Chwałkowo Gnesen
85 485 dito dito
50 889 Czarnysad Krotoschin
63 3008 Domasław gr. Wongrowitz

wiederholentlich aufgefordert, dieselben in kursfähigem Zustande nebst den dazu gehörigen Zins-Coupons event. Talons ohne Verzug portofrei an unsere Casse abzuliefern, da im Falle der Nichtfrankirung das Couvert auf Kosten des Einsenders remittirt werden wird. Sollte diese Einlieferung auch bis zum 31. December des laufenden Jahres nicht erfolgen, so haben die Inhaber zu gewärtigen, dass nach Ablauf dieser Frist die nicht abgehobenen baaren Beträge als herrenloses Gut an das hiesige Königliche Kreisgericht zum weitem Verfahren abgeführt werden. Wer die baare Valuta durch die Post zugestellt zu haben wünscht, kann solche 8 Tage nach Eingang seines desfallsigen Antrages auf seine Gefahr und Kosten erhalten. Alle eingesandten und nicht kursfähigen Pfandbriefe werden den Einsendern, um sie zum öffentlichen Verkehr geeignet zu machen, auf ihre Gefahr und Kosten zurückgesandt. Hierbei machen wir darauf aufmerksam, dass neue Zinsbogen gegen Talons nicht mehr verabreicht werden.

Posen, den 21. April 1876.

General-Landschafts-Direktion.

Bilanz

der Posener Bau-Bank

am 31. Dezember 1875.

Act. v

Passiva.

Activa	Mt. Pf.	Passiva	Mt. Pf.
Bureau und Tunnel-Mobiliar-Conto	6080 08	Per Aktien-Capital-Conto	1200000
Werth nach Abschreibung		eingezahltes Aktien-Capital	
Pferde- und Wagen-Conto	1147 50	Hypotheken-Conto Junikowo	55500
nach Abschreibung		auf dem Gute lastende Hypotheken	
Grundstücks-Conto		Hypothek-n-Conto	994500
11 städtische Grundstücke nach Abschreibung	1876902 93	auf 11 städtische Grundstücke aufgenommen	
Dominium Junikowo		Bau-Zinsen-Conto	588 75
Gut nebst lebendem und todtm Invent.	134236 08	unabgehobene Bauzinsen	
Junikowo Guts-Verwaltungs-Conto		Wechsel-Conto	45000
Getreide-Vorräthe	3298 68	laufende Wechselverbindlichkeiten	
Ziegelei-Conto		Conto Corrent-Conto Creditores	30381 52
Grund und Boden, Gebäude, Maschinen		G w n n- und Verlust-Conto	2741 97
nach Abschreibungen	239219 37	zu übertragender Gewinn	
Med. nb. Pyp. u. d. Wechsel-Bank			
Amortisation	1577 35		
Zins-Conto			
vorausbezahlte Zinsen	1181 25		
Depot-Conto			
beim Königl. Kreisgericht lagernde	900		
Staal-Kabritain-Conto			
vorräthige Ziegeln	50448 30		
Communal-Conto			
vorräthige Kohlen	540		
Cassa Conto			
Baarer Bestand	969 20		
Conto-Corrent-Conto Debitores	12211 50		
	2328712 24		2328712 24

Posen, den 1. Januar 1876.

Posener Bau-Bank.
Meyer. Negendank.

Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld & Leipzig.

In den nächsten Tagen wird erscheinen:

Deutsches Lesebuch mit Bildern

für die
einklassige Volksschule und für einfachere Schulverhältnisse überhaupt
herausgegeben von den Seminardirectoren

H. Gabriel in Drossen und **A. Supprian** in Pritz.

24 Bogen 8°. Elegant broschirt. Preis 1 M. 20 Pf.

Dieses Buch ist seit Jahren von den Herausgebern und der Verlagsbuchhandlung mit großer Sorgfalt gepflegt und vorbereitet worden; dasselbe darf sowohl in Rücksicht auf die Persönlichkeit und die Stellung seiner Verfasser wie auch seiner inneren und äußeren Form nach auf besondere Beachtung Anspruch erheben und als der weitesten Verbreitung und Einführung in den Gebrauch der Volksschule würdig bezeichnet werden.

Die äußere Ausstattung ist eine bei Volksschullesebüchern bisher nicht gewohnte splendide, sowohl in Druck wie Papier: die Illustrationen, gegen hundert an der Zahl, sind nach pädagogischen Grundsätzen und mit künstlerischer Sorgfalt hergestellt, und liegt hierin ein wesentlicher Theil der besonderen Eigenthümlichkeit des Buches. Trotz dieser Ausstattung übersteigt der Preis die für Volksschullesebücher übliche Höhe nicht.

Da das Erscheinen des Buches vielfach erwartet und die Einführung in den Unterrichtsgebrauch schon für das jetzt beginnende neue Schuljahr beabsichtigt wird, so theilen wir hierdurch mit, daß die Ausgabe bestimmt in der ersten Hälfte des Monats Mai erfolgen wird und dann Exemplare durch jede Buchhandlung zur Ansicht zu haben sein werden. Eine frühere Fertigstellung des Druckes war leider nicht möglich.

Die Verlagsbuchhandlung:

Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig.

Für Damen.
2 In. Glacé-Handschuhe a 12½ Sgr. empfiehlt **Joseph Wäsch**,
59. Markt 59.

Sämmtliche Apparate und Gefäße der Brennerei zu **Taczanow** bei Pleschen stehen zum Verkauf.
Die Guts-Verwaltung.

Bandwurm
(Taenia opina.)
Sicheres Mittel gegen Bandwurm bei Schafen. Portion für 100 Schafe kostet 5 Mark excl. Emballage.

S. v. Mielocki, fr. Nittergutsbesitzer.
Posen, Wienstr. 5.
Attest 2.

Hochgeehrter Herr!
Ihr Bandwurmmittel hat bei meinen Schafen einen guten Erfolg gehabt. Es ist von der Zeit der Anwendung ab kein Schaf gefallen — und der Bandwurm ging mit den Excrementen ab.

Ropajzyec, bei Schroda, 29. April 1876.

Mit aller Achtung
Antoni Subert.

Schloßstr. 2 sofort oder z. 1. Juni zu verm. eine Dachstube m. hell. Alkoven f. 5 Thlr monatlich. Näh 1 Tr. vorn, v. 10—12 Uhr früh.

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Nach dem Rechnungsabschlusse der Bank für 1875 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

77 Procent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Banktheilnehmer in hiesiger Agentur empfängt diesen Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses vom Unterzeichneten, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabschlusse zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, giebt der Unterzeichnete bereitwilligst desfallige Auskunft und vermittelt die Versicherung.

Obornik, den 2. Mai 1876.

C. Kleiner, R. Postverwalter.

Agent der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha.

Täglich 60 Liter Milch sind zu vergeben Friedrichstr 25

Wasserstraße Nr. 20 ist ein Laden, ein Lagerkeller, sowie eine Wohnung von 3 Zimmern u. Küche zu vermieten. Näheres Große Gerberstr. 21 im Comtoir.

Eine Wohnung, 3—4 Zimmer, Küche und Zubehör, wird von ruhigen Leuten zum 1. Juni gesucht. Gef. Offerten mit Preisangabe beliebe man unter **W.** in der Exp. d. Btg. abzugeben.

Remisen sind zu vermieten **Breitenstraße Nr. 21.**

Engl. Schaffsheeren

neuester Konstruktion, ähnlich den Viehschneeren, aber mit einer Hand zu scheren, sowie auch die gewöhnlichen in bekannter Güte, empfiehlt zu billigsten Preisen die Messerfabrik und Schleifanstalt von

C. Proelss, Breslauerstr. 2.

A. Luziński

empfehlen sein Colonial-Waaren, Wein- und Delikatessen Geschäft.

Besten **Räucherlachs**, a Pfd. M. 1,70 offerirt
S. Szulc, Wasserstraße 25.

Spargel

täglich frisch bei
S. Alexander
(H. Kirsten).

12 Liter frische Milch können vom 6. an, täglich noch abgegeben werden im Fehlfanschen Garten.

Markt Nr. 82 ist die 2. Etage, bestehend aus 5 Zimmern, Küche mit Wasserleitung, Entrée und Watercloset nebst Beigelaß vom 1. Oktober d. J. ab zu vermieten.
Näheres bei **Adolph Asch**.

Markt 46 und 47 sind mehrere Wohnungen, Remisen und Keller zu vermieten.

Lagerplätze

in diversen Größen zu verpachten

Schützenstraße 20.

Wirthin,

deutsch und polnisch sprechend, in allen Zweigen der Landwirthschaft erfahren, mit der feineren Küche, sowie mit dem Einkochen der Früchte vertraut, findet bei g. Lohn bald. Stellung. Nur g. Zeugnisse finden Berücksichtigung und sind dieselben zu richten an

Baronin v. Seherr-Thoh.

Szczynnik bei Gnesen.

Ein Lehrling wird gesucht von **N. Rutecki**, Uhrenhandlung, Friedrichstr. Nr. 1.

Eine alleinstehende Frau zur Beaufsichtigung von kleinen Kindern, wird nach außerhalb sofort verlangt. Näheres im Central-Bureau **Wismarstraße 1**, zu erfragen.

Eine Stepperin und eine Heferin für Schuhwerk wird gesucht. Näh. Wallischei Nr. 95, im Hofe 2 Stock links.

Ein tüchtiger Gärtner, durchaus erfahren, längere Zeit in und bei Berlin fungirt, gute Zeugnisse, sucht zum sofortigen Antritt in Westpr. dauernde Stelle. **Nr. A. Jeglin**, Berlin, Potsdamerstraße 98a.

Gusseiserne Röhren

mit Muffen und Flanschen, für Gas, Wasser und Leitungen aller Art, nebst allen Façons, hält stets vorräthig und empfiehlt

Die Röhrenfabrik von **Albert Hahn**,

Düsseldorf a. R. u. Berlin O., Schillingstrasse 12—14.

Einen tüchtigen erfahrenen Koch,

kautionsfähig, suche ich sofort zur selbstständigen Uebernahme meiner Restaurationsküche (früher Buttlische Restaurant) zu engagiren.

Näheres in meinem Comptoir **Breslauerstraße 32.**

E. Stock.

Graben 17

Stall und Remise sofort zu vermieten.

Ein **Barbiiergehilfe** findet Stellung bei **Presch**, Mühlenstr. 26.

Ein erfahrenes

Mädchen

als Stütze der Hausfrau zur Führung einer kleinen Haushaltung mit der Landwirthschaft, welche gleichzeitig die gute Küche versteht, wird sogleich gesucht. Adresse **E. O. postlagernd Obornik**.

Tüchtige **Brunnenbauer** finden für immer Beschäftigung bei sehr hohem Lohn. Reisefosten vergütigt. Schriftliche Meldungen an Brunnen- u. Röhrenmeister **Schieber**, Soldau Ostpr.

Ein **Wirtschaftsbeamter**, ev. unverh., mehrere Jahre beim Fach, bis 1. Juli als selbstständ. Beamter sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, da er seine bisher. Stellung freig. aufgibt, eine ähnliche Stellung. Gef. Off. werden erbeten sub **K. B. Schroda** postlagernd.

Ein junges Mädchen (Lehrertochter) mit bescheidenen Ansprüchen wünscht eine Stelle als Gehülfin der Hausfrau oder als Gesellschafterin einer alleinstehenden Dame. Der Antritt könnte jederzeit erfolgen.

Anfragen erbeten unter **K. W.** postlagernd **Birnbaum a. W.**

Ein unverheiratheter

Landwirth,

17 Jahre beim Fach, in den renomirtesten Wirtschaften der Provinz thätig gewesen, in Stell. als erster Beamter auf einer großen Besitzung, sucht z. 1. Juli ein selbst. Engagement. Off. unter **A. B. 3** bitte an die Exp. d. Posener Zeitung zu richten.

Ein evangelischer

Hauslehrer,

der mit Erfolg für's Gymnasium vorbereitet hat, sucht Stellung. — Offert. unter **A. B.** postlagernd **Garnsee** bei Graudenz.

Ein erfahrener **Brauer**, gegenwärtig in einer der größten Brauereien Berlin's, welcher eine zehnjährige Praxis hinter sich hat und in allen Fächern der Ober- und Untergährigen Brauerei erfahren ist, sucht, gestützt auf beste Empfehlungen eine Stelle als Wirtsführer in einer kleinen Brauerei. Gef. Offerten wolle man an **E. Horn**, Brandenburg 56, Berlin, einfinden.

Ein verheiratheter, kautionsfähiger

Landwirth,

20 Jahr beim Fach, der meistens in größeren, mit techn. Gewerbe versehenen Wirtschaften mit bestem Erfolge thätig gewesen sucht wegen Verkaufs seines nur kurze Zeit besessenen Gutes zu sofort oder Johanni d. J. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten bitte unter **S. B. 10.** an die Exped. der Zeitung einzufenden.

Annonce!

Ein thätiger und energischer Deconom, 27½ Jahre alt, wünscht seine seit 4½ Jahren innegehabte Stellung gegen ein anderweit. Engagement als 1. Verwalter oder Inspektor auszugeben. Gef. Off. sub **S. 0593** an **Saafenstein u. Vogler in Hannover**.

Ein j. Mann, mit der Weißwaaren- und Seidenband-Branche vollständig vertraut, der polnische Sprache mächtig, sucht, gestützt auf gute Referenzen, Stellung, gleichviel welcher Branche. Gef. Offerten beliebe man unter **S. O. 100** postlagernd Posen einzuf.

Am Dienstag Abend ist im Interims-Stadt-Theater ein Schirm stehen geblieben, der sich legitimirende Eigentümer kann ihn beim Theatermeister gegen Erstattung der Infectionsgebühren in Empfang nehmen.

Kaufmännischer Verein.

Zu der heut Abend stattfindenden **Versammlung** werden die Mitglieder ersucht, b. h. Besprechung wichtiger Angelegenheiten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Posener Wahlverein.

Freitag den 5. Mai: Versammlung in Lambert's Saal, 8 Uhr:

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Kreisrichter **Dr. Traumann**: „Ueber den Entwurf einer Städteordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien u. Sachsen.“ Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

Die Herren Landwirthschafts-Beamten

in den Kreisen Breschen und Schroda werden freundlichst eingeladen, sich

am 10. Mai c.,

Vormittags 11 Uhr,

in Papryck's Hotel zu Breschen einfinden zu wollen, um an der Berathung und Beschlußfassung über Konstituierung eines „Beamten-Unterstützungs-Zweigvereins“ im Anschluß an den bestehenden Provinzialverein Theil zu nehmen.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins für die Kreise **Breschen-Schroda.**

N. Zschuschke.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter **Agathe** mit dem Kaufmann Herrn **A. Pietrkowski** aus Jaroschin beehre ich mich statt jeder besonderen Meldung Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Johanna Eybraim, geb. Auerbach.

Posen, den 4. Mai 1876.

Die Verlobung meiner Tochter **Amalie** mit dem Vorwerkbesitzer Herrn **Carl Wuffe** zu Rowanowo zeige hierdurch ergebenst an.

Klempitz, im Mai 1876.

Semmerling, Gutsbesitzer.

Amalie Semmerling, geb. Wuffe.

Klempitz. Rowanowo.

Für die uns bei der Beerdigung unserer lieben Frau und unserer lieben Mutter erwiesene Theilnahme, sagen wir hiermit Allen und insbesondere dem Schmerzenslager Männergesangsverein unseren herzlichsten Dank.

Jasin, b. Schwersenz, 4. Mai 1876.

Peter Manthey u. Kinder.

Bei unserem Umzuge nach Gnesen sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten ein herzlichliches Bewohl.

Posen, d. 3. Mai 1876.

Julius Coeplich und Frau, geb. **Pulvermacher**.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berebelicht: Herr Lieutenant Conrad von Schulenburg mit Fr. Wanda von Salbern in Berlin. Lieutenant Karl von Treskow mit Fr. Konstanze von Kamin in Schwedt a. D. Lieutenant Paul Junz mit Fr. Margarethe Simon in Salzwedel. Kreisrichter Paul Wlfig mit Fr. Hedwig Raschel in Waldenburg. Kreisgerichtsrath Rudolf von Wendt mit Fr. Elise v. Brause in Rothenburg D.R. Kreisrichter Konrad Thümmel mit Fr. Anna von Brause in Rothenburg D.R.

Interims-Stadt-Theater in Posen.

Heute Freitag den 5. Mai 1876:

Epidemien.

Schwan in 4 Akten von Dr. v. Schweiger.

Kaffeneröffnung 5 Uhr.

Anfang des Garten-Concerts 6 Uhr.

Anfang der Vorstellung 7 Uhr.

Der Tagesbilletverkauf befindet sich bis Nachmittags 3 Uhr in den Geschäften des Herrn **Louis Gehlen**.

Morgen Sonnabend den 6. Mai: **Die Reise durch Berlin** in 80 Stunden.

Gefangenspoße in 3 Akten (7 Bildern) von **Calingré**. Musik v. **Lehnhardt**.

Die Direktion.